



BRIEF AUS BERLIN – NR. 21/2015

Inhalt

Vorwort

Aus dem Bundestag

- + Syrien-Einsatz der Bundeswehr
- + Klimagipfel Paris
- + „Neustart in Deutschland“
- + Gesetz über Bausparen
- + Stärkung des Opferschutz in Strafverfahren
- + Hochschulstatistikgesetz
- + Energiewende KWK + Erdverkabelung
- + Workshop „Neue Chancen zu arbeiten“

Aus dem Wahlkreis

- + Pressemitteilungen
- + Termine

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

in dieser Woche hat der Deutsche Bundestag in namentlicher Abstimmung den Weg frei gemacht für den Einsatz der Bundeswehr mit Aufklärungstornados, Luftbetankung, einer Fregatte und von in Hauptquartieren eingesetztem Stabspersonal in Syrien. Der deutsche Beitrag dient dem Kampf gegen den Terrorismus im Rahmen der Allianz gegen IS und zur Unterstützung insbesondere Frankreichs, Iraks und der internationalen Allianz in ihrem Kampf gegen IS. Dem voraus ging eine leidenschaftliche und kontroverse Debatte. Auch ich habe mich nach Abwägung aller Argumente dafür entschieden, dem Einsatz meine Zustimmung zu geben. Militärische Lösungen können – das hat die Vergangenheit gezeigt – nie alleiniges Lösungsmittel sein. In diesem Fall sind sie aber ein notwendiger Beitrag, um eine Ausbreitung des IS zu unterbinden und überhaupt erst die Möglichkeit zu schaffen für nachhaltige

Lösungen im Nahen Osten. Ausführlicher habe ich meine Überlegungen und Abwägungen im Internet [hier](#) veröffentlicht.

Ein neuer Weltklimavertrag soll beim UN-Klimagipfel in Paris verabschiedet werden, der vom 30. November bis 11. Dezember 2015 in Paris stattfindet – sechs Jahre nach der gescheiterten Konferenz von Kopenhagen. Mehr als 80 Staats- und Regierungschefs reisen an.

Einen wichtigen inhaltlichen Impuls haben die drei SPD-Ministerinnen Andrea Nahles, Manuela Schwesig und Barbara Hendricks sowie die Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration Aydan Özoguz und die rheinlandpfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer mit Ihrem Papier „Neustart für Deutschland“ geliefert, um Flüchtlinge in unserem Land bestmöglich zu integrieren und schnellstmöglich in Arbeit bzw. Ausbildung zu bringen.

Zu Gast war ich diese Woche auch beim Workshop „Arbeiten 4.0 – Was bedeutet das für die Aus- und Weiterbildung?“ mit wichtigen Impulsen für die zukünftige Definition von guter Arbeit.

Nun wünsche ich Euch/Ihnen eine angenehme Lektüre und ein schönes Wochenende!

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Martin Rabanus', with a stylized flourish at the end.

Martin Rabanus, MdB

Der Kampf Europas gegen die Terrorgruppe ISIS – Syrien-Einsatz der Bundeswehr



Bundeswehr

Der geplante Bundeswehreinsatz in Syrien ist Teil einer internationalen Verantwortung, der Deutschland nachkommen muss. Er ist völkerrechtlich und grundgesetzlich abgesichert und ein solidarischer Beitrag gegenüber Frankreich.

Die Terroristen des IS dürfen nicht stärker werden und sich noch weiter im Nahen Osten ausbreiten, denn dies birgt erhebliche Risiken. Die Anschläge vom 13. November galten nicht nur Frankreich, sondern uns allen. Sie richteten sich gegen unsere Werte und unsere Art zu leben, gegen die freiheitliche Gesellschaft. Deshalb ist jetzt auch die Solidarität aller Europäer gefordert.

Das militärische Mandat entspricht den Wünschen Frankreichs und wir können und müssen das leisten. Erstmals bittet ein europäisches Land um Unterstützung, jetzt sollten wir die ansonsten zwar fragile, aber gute deutsch-französische Partnerschaft nicht aufs Spiel setzen. Deutschland und Frankreich sind derzeit DIE „Stabilitätsanker“ in Europa. Aber auch aus Eigeninteresse müssen wir dabei helfen, den IS so zu schwächen, dass Angriffe - gerade auch in Europa - schwieriger werden.

Bereits der heutige Einsatz Deutschlands, die kurdischen Peschmerga-Kämpfer zu unterstützen, zeigt Erfolge. Die IS Terrormiliz wurde in Teilen Syriens zurückgedrängt und dorthin fließt dann finanzielle Unterstützung aus Deutschland, um die Lage dort zu stabilisieren. Gleichzeitig wird alles unternommen, um die Finanzströme des IS (insbesondere aus Menschenhandel und Erdöl) zu unterbrechen.

Wir teilen die Aussage unseres Außenministers Frank-Walter Steinmeier „mit Bomben und Raketen allein ist Terror nicht zu besiegen, das geht letztlich nur politisch. Deshalb ist es so wichtig, dass wir in Wien endlich alle entscheidenden internationalen Akteure an den Verhandlungstisch gebracht haben.“ Denn ohne ein politisches Konzept ist ein Militärschlag nicht zu verantworten.

Es ist zwingend erforderlich, dass der politische Prozess weiter geführt wird, um zu einem dauerhaften Waffenstillstand zu kommen. Auf Betreiben von Frank-Walter Steinmeier sind Vertreter der sogenannten Syrien-Konferenz (darunter auch die Nachbarländer Syriens, Russland und die Türkei) bereits in Wien zusammengelassen. Ein nächstes Gespräch ist für Mitte Dezember in Saudi-Arabien geplant.

Trotz unserer Skepsis gegenüber einem militärischen Engagement gegen die Terrorgruppe ISIS haben wir uns in einem schwierigen Abwägungsprozess entschieden, dem Mandat der Bundesregierung zuzustimmen.

Klimagipfel Paris: Erderwärmung aufhalten als globale Herausforderung



Die Erwartungen an die Ergebnisse des Klimagipfels von Paris sind enorm. Eine Erderwärmung von mehr als 2 Grad im Verhältnis zur vorindustriellen Zeit gilt es zu vermeiden. Die Verhandlungsführer müssen deshalb verdeutlichen, dass die Weltgemeinschaft handeln kann, bevor die Folgen des Klimawandels unbeherrschbar werden. Nur wenn es der Weltgemeinschaft gelingt, in Paris auch die Schwellenländer China und Brasilien, die einen hohen Anteil an den globalen CO² Emissionen haben, mit ins Boot zu holen, kann ein Wandel gelingen. Bis zum 11. Dezember sollen die Vertragsstaaten ein Nachfolgeabkommen für das im Jahr 2020 auslaufende Kyoto-Protokoll beschließen. SPD und Union haben in einem [Antrag](#) ihre klare und unmissverständliche Erwartungshaltung an die Ergebnisse des Pariser Gipfels formuliert. Als Vorreiter beim Klimaschutz senden wir damit ein selbstbewusstes und starkes Signal. Wir müssen in Paris zu einem rechtsverbindlichen Regelwerk kommen, dass für alle Staaten gleichermaßen gilt. Die Ziele, die wir uns heute stecken, dürfen auch nicht schon wieder morgen Makulatur sein.

Grundsatzpapier: „Jahrzehnt umfassender Gesellschaftspolitik“



Geballte Frauenpower steckt hinter dem neuen Grundsatzpapier der SPD. Die Ministerinnen für Arbeit, Familie, Bauen und Integration – Andrea Nahles, Manuela Schwesig, Barbara Hendricks und Aydan Özoguz – formulieren gemeinsam mit der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin Malu Dreyer ein neues Investitionspaket für Deutschland unter dem Titel [„Neustart in Deutschland: Für ein Jahrzehnt umfassender Gesellschaftspolitik“](#).

Die Spitzenpolitikerinnen machen sich darin für einen „Integrationsplan Deutschland“ stark und setzen neue Akzente für Wachstum, Bildung, Kinderbetreuung und Integration. Gerade bei letzterem geht es jetzt um elementare Weichenstellungen. Wenn wir bei der Integration scheitern, wird uns das teuer zu stehen kommen.

Die Impulse, die von dem Papier ausgehen sollen, betreffen unter anderem ganz konkret die Situation der Kinderbetreuung in unserem Land. Es muss mehr Kita-Plätze geben und das Ganztagsschulangebot muss massiv ausgeweitet werden. Dazu soll das sogenannte Kooperationsverbot im Grundgesetz für den Bereich Bildung abgeschafft werden, damit Bund und

Länder zukünftig gemeinsam für die Finanzierung von Schulen und Kitas zusammenarbeiten. Die Politikerinnen sehen einen zusätzlichen Bedarf von 80.000 Kita-Plätzen und 20.000 Erzieherinnen und Erziehern.

Notwendig sind Ideen für neue Job-Chancen. Langzeitarbeitslosen sollen neue Aussichten auf einen eigenen Job eröffnet werden und Zuwandern sollen Sprachkurse und Hilfen zum Einstieg in den Arbeitsmarkt gewährt werden. Auch sollen bereits vorhandene Qualifikationen schneller anerkannt werden.

Kräftige Investitionen fordern die SPD-Politikerinnen auch für deutlich mehr bezahlbaren Wohnraum. Jedes Jahr sollen bis zu 400.000 neue Wohnungen zur Verfügung stehen.

Insgesamt rechnen die Autorinnen mit zusätzlichen Investitionen von rund 5 Milliarden Euro. Und wir teilen ihre Gewissheit: Investieren wir nicht, werden die Folgekosten weitaus höher sein!

Rahmenbedingungen für Bausparkassen werden angepasst



Mit dem diese Woche durch den Deutschen Bundestag beschlossenen Gesetz soll das letztmals im Dezember 1990 angepasste „Gesetz über Bausparkassen“ an die zwischenzeitlich veränderten Rahmenbedingungen der Kreditwirtschaft angepasst werden.

Die Änderungen sollen es u.a. den Bausparkassen unter Wahrung der Interessen der Bausparer ermöglichen, auf die Auswirkungen eines anhaltenden Niedrigzinsumfelds zu reagieren.

Zudem werden mit dem Gesetzentwurf auf die neu geregelten Zuständigkeiten der Europäischen Zentralbank bei der Aufsicht über Kreditinstitute eingegangen sowie eine notwendige Anpassung des Risikomanagements der Bausparkassen umgesetzt.

Schutz der Opfer in Strafverfahren stärken



Opfer von Kriminalität dürfen im Strafverfahren nicht erneut traumatisiert werden. Deshalb wurden bereits in den vergangenen Jahren der Schutz und die Rechte von Opfern in der Strafprozessordnung (StPO) ausgebaut. Mit dem Gesetz werden die Standards für den Schutz von Opfern weiter erhöht. Damit sollen auch die Vorgaben einer neuen EU-Opferschutzrichtlinie vom Oktober 2012 in nationales Recht umgesetzt werden.

Das nun vom Deutschen Bundestag beschlossene Gesetz sieht u. a. vor, die Informationsrechte des Opfers auszubauen. Ein Meilenstein hin zu einem konsequenten Schutz von Gewaltopfern ist zudem, dass künftig die psychosoziale Prozessbegleitung fest in das deutsche Strafverfahrensrecht aufgenommen werden soll. Vorgesehen ist insbesondere ein Rechtsanspruch auf kostenlose psychosoziale Prozessbegleitung für Kinder und Jugendliche sowie für vergleichbar schutzbedürftige Opfer schwerer Gewalt- und Sexualstraftaten. Die psychosoziale Prozessbegleitung wird bislang bereits in einigen Bundesländern praktiziert.

Anhörung zur Änderung des Hochschulstatistikgesetzes



Am 1.12.2015 fand eine Anhörung zur geplanten Änderung des Hochschulstatistikgesetzes im Bundestag statt. Zu Gast waren Vertreter der statistischen Ämter aus Land und Bund, der Hochschulen, der Studierenden und der Wissenschaftsforschung und bezogen Stellung zur angestrebten Gesetzesänderung.

Das Hochschulstatistikgesetz soll novelliert werden, da die Bereitstellung von empirisch validen Datengrundlagen für die Hochschulpolitik, die Hochschulplanung und die Hochschulverwaltung wichtig ist, um den Veränderungen der Hochschullandschaft in den letzten Jahren Rechnung zu tragen. Künftig soll eine Studienverlaufsstatistik eingeführt werden, um die gestuften Studiengänge und die Promotionsphase zu erfassen. Mich interessierte zum einen der Konflikt von Datenschutz bzw. Speicherfristen und dem Anspruch der Forschung für möglichst umfassenden Zugriff zu Forschungszwecken. Zum anderen wollte ich von den Experten wissen, wie der Personalaufwand für die angestrebten Neuerungen im Hochschulstatistikgesetz sind oder ob dies mit dem aktuellen Personal zu bewerkstelligen ist.

Energiewende vorantreiben: Vorrang für Erneuerbare



Am Donnerstagabend haben wir in abschließender [2./3. Lesung im Bundestag das Gesetz zur Änderung von Bestimmungen des Rechts des Energieleitungsbaus](#) beschlossen. Damit steht der Vorrang der Erdverkabelung im Gleichstromleitungsbau nun im Gesetzestext und dies auch und gerade für die große Gleichstromtrasse SuedLink. Die gemeinsame Arbeit der zahlreichen Bürgerinitiativen und der SPD-Bundestagsabgeordneten entlang der SuedLinktrasse, die von Anfang an für die Erdverkabelung gekämpft haben, trägt damit „Früchte“.

Ein weiterer wesentlicher Baustein der Energiewende, den wir diese Woche abschließend beraten, ist die [Neufassung des Gesetzes zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung \(KWK\)](#). Mit dieser Technologie wird Wärme, die bei der Stromerzeugung als Nebenprodukt entsteht, für Heizzwecke genutzt (z.B. Fernwärme) bzw. Strom, der im Industriebereich als Nebenprodukt der Prozesswärme entsteht, genutzt und so der Nutzungsgrad der eingebrachten Rohstoffe erhöht. Diese umweltfreundliche Technologie soll in Deutschland

künftig einen höheren Beitrag zum Klimaschutz leisten. Um diesem Ziel näher zu kommen, und KWK als Baustein der Energiewende zu etablieren, haben wir uns als hessische SPD-Bundestagsabgeordnete dafür eingesetzt, dass zunächst der Erhalt der bestehenden Anlagen durch eine Förderung gesichert wird, da vielen Anlagen aufgrund des niedrigen Strompreises die Stilllegung droht. Auch die weiteren Forderungen, die in unserem Beschluss der hessischen SPD-Landesgruppe gefordert wurden, konnten umgesetzt werden.

Der Zeitraum der Förderung wird gegenüber dem Regierungsentwurf um zwei Jahre auf 2022 verlängert. Damit sich auch ein Ausbau dieser Technologie wieder rechnet, werden insbesondere neue Gas-KWK-Anlagen sowie der Umstieg von Kohle auf Gas-KWK besser gefördert. Um Fehlanreize zu vermeiden, wird KWK-Technologie dort, wo sie auch ohne Förderung wirtschaftlich wäre, nicht mehr unterstützt. Dies betrifft insbesondere selbst verbrauchten KWK-Strom aus größeren Anlagen. Wir wollen jedoch im Rahmen einer Evaluierung 2017 prüfen, wie sich die Situation aller KWK-Anlagen entwickelt. Darüber hinaus sind wir sehr froh, dass wir im parlamentarischen Verfahren unsere Forderung durchsetzen konnten, dass Mieterstrom weiterhin gefördert wird.

Workshop #Neue Chancen: Industrie 4.0 – Finanzierung von Aus- und Weiterbildung



Am Donnerstag waren Arbeitsfachleute im Rahmen der Projektgruppe #Neue Chancen der SPD-Bundestagsfraktion in den Bundestag eingeladen, um mit uns über die Weiterbildungsförderung in Zeiten von Industrie 4.0 zu sprechen. Mit den Experten aus Gewerkschaften, Arbeitsforschung, Bundesagentur für Arbeit und dem Arbeitsministerium diskutierten wir die Zukunft der Aus- und Weiterbildungsförderung im Zeitalter der Digitalisierung von Industrie, Handwerk, Dienstleistung und Handel. Als Berichterstatter für die berufliche Weiterbildung war es für mich von besonderem Interesse, den Ausführungen von Dr. Roman Jaich von ver.di zu folgen, als er über die Möglichkeiten und Vorzüge eines Bildungsförderungsgesetzes sprach, da die aktuell teils zerklüftete Förderlandschaft den Weiterbildungsanforderungen der Industrie 4.0 voraussichtlich nicht gewachsen sein würde. Für eine zeitgemäße Weiterbildung brauchen wir motivierte Arbeitnehmer, weiterbildungsbereite Arbeitgeber sowie eine übersichtlichere Förderlandschaft. Deshalb wollen wir auch weiterhin mit den betroffenen Gruppen im Gespräch bleiben.

Pressemitteilungen

27.11.2015:

[Martin Rabanus: Bundesfreiwilligendienst für Flüchtlinge gestartet](#)

Termine

07.12.2015

14.00 – Entgegennahme Offener Brief zu TTIP/CETA durch Campact, Taunusstein
20.30 – *Besuch des Männergesangverein Laufenselden, Feuerwehrgerätehaus*

08.12.2015

09.00 – Diskussion mit SchülerInnen zur aktuellen politischen Lage, Limeschule Idstein
15.00 – *Kreistag Rheingau-Taunus-Kreis, Kurhaus Bad Schwalbach*

09.12.2015

10.30 – Unternehmensbesuch Limtronik, Limburg
13.15 – Gespräch mit Jacqueline Schlesinger, missio Diözesanreferentin & Referentin für partizipative Kirchenentwicklung, Limburg

10.-12.10.2015

SPD-Bundesparteitag, Berlin

13.12.2015

40 Jahre Pfarrzentrum & Kirche Herz Mariä Taunusstein-Wehen

+++

Termine in kursiv sind öffentlich

+++